Dresden 1879.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

Mitredacteur: Dr. Emil Bierey. Für das Feuill.: Ludwig Hartmann.
Druck und Eigenthum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden.
Verantwortl. Redacteur: Heinrich Pohlenk in Dresden.

Neuestes.

Zum dritten besoldeten Rathsmitgliede, jedoch ohne den Titel „Bürgermeister", ward in der gestrigen Stadtverordneten-Plenar-Sitzung Herr Stadtrath Teucher mit 39 von 66 Stimmen erwählt.

Nacht-Telegramm.

Pest, 19. März. Im Abgeordnetenhause sprach Tisza gegen die eingebrachten Anträge behufs Entsendung von Reichstagsausschüssen hinsichtlich der Katastrophe in Szegedin, da das Erforderliche rasch verfügt werden muß. Die Regierung werde nach Anhörung ausländischer Experten dem Hause Vorschläge unterbreiten. Das Haus lehnte hierauf alle diesbezüglichen Anträge ab.

Nr. 79. 24. Jahrg. Witterungsaussichten: Fortdauernd vielfach heiter, trocken, am Tage warm. Donnerstag, 20. März.

Koppel & Co., Bankgeschäft, Schloßstr. 14, gegenüb. d. Sporerg. An- u. Verkauf aller Staatspapiere, Pfandbriefe, Actien etc. Auszahlung aller Coupons. Unentgeltl. Controle der Verloosung aller Werthpapiere. Alles auch auf brieflichem Wege. Domicilstelle für Wechsel.

Friedrich Richter, Altmarkt 5. Lager seidener Bänder, Tülle, Spitzen, Schleier, Damenkragen, Manschetten, Rüschen, Fichus, Schleifen, Cravatten, Morgenhauben, Barben, Crêpes, Gazen. Billige Preise.

Politisches.

Unter den Gründen, die Graf Eulenburg für die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes in Berlin vorführte, nahm die Uebersiedelung des Sozialdemokraten Hasselmann nach Berlin, kurz vor der Heimkehr des Kaisers Wilhelm dahin, eine bemerkenswerthe Stelle ein. Dieser Abgeordnete spielt innerhalb seiner Partei eine höchst auffällige Rolle. Freunden wie Feinden vielfach ein Räthsel, dient sein Auftreten fast immer den Behörden als Signal, die Zügel gegen die Sozialdemokratie schärfer als zuvor anzuziehen. Auch Most's schriftstellerische Leistungen sind wenig geeignet, die von Liebknecht behauptete Harmlosigkeit der Sozialdemokratie zu beweisen. Das von Most in London herausgegebene Revolutionsblatt enthält, wie Graf Eulenburg mittheilte, folgende nette Styl- und Gesinnungsproben:

„Wenn das Volk einmal gelazt hat, es wolle Freiheit und Gleichheit, so sind Alle, welche es nicht wollen, seine Feinde: sie müssen sterben."

„Darum nahmen wir die altbewährte Werbetrommel des gedruckten Worts zur Hand und schlugen die Würde der Revolution, daß sie widerhallen sollten in Hütten und Palästen, den Einen zum Trost und zur Ermuthigung, den Anderen zum Entsetzen. Nach bestem Wissen und Können predigten wir die rothe Republik, den radikalen Socialismus, die ganze Rebellion, die neue Rebellion!"

Dem gegenüber hat Graf Eulenburg leichtes Spiel, selbst wenn seine Mittheilungen über beabsichtigte Attentate nicht sehr glücklich waren. Der Minister meinte u. A.:

„Es sind hier in Berlin sog. Höllenmaschinen mit Beschlag belegt worden, die hier angefertigt worden sind und dann ist in Ostpreußen eine Maschine beschlagnahmt worden, die sich allerdings wegen der mangelhaften Konstruktion als sehr ungefährlich erwies, aber doch auf eine explosive Wirkung rechnen konnte. Der Verfertiger, der nachher einen Trohdrief geschrieben hatte, wünschte anscheinend später als Angeber eine Belohnung zu erhalten (Lachen links); er wurde wegen Betruges bestraft."

Der Reichstag untersuchte die allgemeinen Betheuerungen der Unschuld durch Liebknecht und die ebenso allgemeinen Andeutungen der Schuld durch Graf Eulenburg nicht des Näheren, sondern schnitt alle weiteren Erörterungen durch raschen Debattenschluß ab. Die ganze Sitzung war noch durch das Bestreben des Präsidenten v. Forckenbeck bemerkenswerth, durch scharfe Handhabung seiner Befugnisse nachzuweisen, daß Aenderungen in der Geschäftsordnung des Reichstags unnöthig sind. In diesem Sinne hat auch die Geschäftsordnungskommission des Reichstags bereits entschieden und nur die Frage der Wortentziehung wird noch näher geprüft. Der Vorschlag gewinnt viel Freunde, dem Präsidenten das Recht zu geben, einem Redner, der sich ungebührlich benimmt, sofort das Wort zu entziehen.

Eine Personalveränderung in den Reichsbehörden verdient besondere Erwähnung. Als Präsident des neugebildeten Reichsschatzamts ist der Regierungspräsident von Bötticher aus Schleswig berufen worden. Derselbe gehört der schutzzöllnerischen Richtung an. Auf diesen wichtigen Posten spekulirte der bisherige Geh. Rath Dr. Michaelis, der als rechte Hand Delbrück's in die Reichsregierung trat und seitdem seine craßmanchesterlichen Freihandelstheorien, auch nach dem Sturze Delbrück's, zu verwirklichen nicht müde wurde. Fürst Bismarck aber ist von der Schädlichkeit dieser Theorien hinreichend überzeugt und trachtete schon längst darnach, auf gute Manier den Freihändler Michaelis kaltzustellen. Jetzt ist durch den Tod des Präsidenten des Reichsinvalidenfonds ein angemessener Posten vakant geworden, auf welchen Dr. Michaelis ohne fernere Bedrohung der Lebensinteressen der Nation eine harmlose Ziffernexistenz führen wird.

Graf Schuwaloff, der russische Botschafter in London, ist auf seiner Durchreise nach Petersburg in Berlin vom Kaiser Wilhelm und vom Fürsten Bismarck in längeren Audienzen empfangen worden, jedoch sehr mißmuthig weiter gereist. Er hat Wenig erreicht. Rußland betreibt in neuerer Zeit ungemein emsig eine Abänderung des mühsam abgeschlossenen Berliner Vertrags in dem Sinne, daß Ostrumelien mit dem neugeschaffenen Bulgarien zu einem Staatsganzen verschmolzen werde. Sobald nämlich Ostrumelien wieder unter türkische Oberherrschaft kommt, ist es mit den russischen Intriguen, Aufhetzungen und der Beunruhigung Europas für eine längere Reihe von Jahren vorbei. Anders jedoch wenn die Balkanpässe in bulgarische, d. h. russische Hände fallen und ein Großbulgarien einen stets bereiten Zündstoff zur Wiederanfachung eines neuen Türkenkriegs abgiebt. Dem Fürsten Bismarck scheint jedoch ernstlich darum zu thun zu sein, daß sich die offene Wunde am Leibe Europas wenigstens für einige Zeit schließt und das kann nicht der Fall sein, so lange Rußlands Einfluß jenseits des Balkan thätig ist und in einem Großbulgarien ein williges Werkzeug zur Störung des Orientfriedens besitzt. Rußland setzt nun alle Hebel an, die Großmächte zu gewinnen, entweder mittelst einer Nachkonferenz oder durch direkte Verhandlungen zwischen den einzelnen Kabinetten eine Abänderung des Berliner Friedens in diesem Sinne zu erreichen. Rußland würde eher Etwas durchsetzen, wenn sein Kanzler nicht Gortschakoff wäre, der persönliche Feind Bismarck's. Die Gortschakoff'sche Presse fällt in grenzenlosem Zorn über Deutschland und Bismarck her und die officiösen Berliner Blätter antworten bereits in sehr gereiztem Tone auf die russischen Anklagen. Der Augenblick ist allerdings ernst genug und wird für die nächste Zukunft entscheiden. Die Neigung des officiellen Deutschland zu Rußland ist bisher für Deutschland und ganz Europa verhängnißvoll genug gewesen, als daß sich nicht im ganzen Volke der Wunsch regen sollte, daß nun eine andere Orientpolitik Platz griffe. Keine fernere Aufmunterung der russischen Friedensbruchpolitik, vielmehr Beharren auf den Abmachungen des Berliner Friedens! So gut wie Fürst Bismarck die fehlerhafte Freihandelspolitik von 1867 aufgab und freimüthig zu der heilsameren Zollpolitik von vor 1866 zurückkehrt, so gut ist eine Umkehr auch seiner Orientpolitik möglich. Die Drohungen der Russen mit einem französischen Bündniß schrecken einen so scharfblickenden Politiker nicht. Wie dankbar würde ihn die Welt preisen, wenn er durch unzweideutige Zurückweisung der russischen Beunruhigungsprojekte Europa den längst ersehnten Abschluß der Orientwirren brächte!

Das Verhalten der Russen an Ort und Stelle ist so zweideutig als möglich. Insgeheim reizen sie die Bulgaren zu Insulten gegen den von Europa eingesetzten Finanzdirektor Ostrumeliens, Schmidt, auf, um, wenn dessen Leben durch bulgarische Pöbelhorden bedroht ist, ihn retten zu können. Insgeheim muntert der russische Fürst Dondukoff die Nationalversammlung der Bulgaren in Tirnowa auf, die Vereinigung mit Ostrumelien zu beschließen; offen aber redet er zum Scheine davon ab. Die Bulgaren handeln natürlich nach den geheimen russischen Instruktionen, von denen sie wissen, daß sie die Herzensmeinung darstellen und beschließen trotz der scheinbaren Abmahnungen Dondukoff's, eine Deputation an die europäischen Höfe abzusenden, um sie zu bewegen, die Verschmelzung mit Ostrumelien zu gestatten. Außerdem schickt die Notabelnversammlung eine Spezialgesandtschaft nach Petersburg. Die Wahl eines Fürsten von Bulgarien rückt somach nicht von der Stelle und klar ist nur, daß die von Rußland aufgehetzten Bulgaren das Recht sich anmaßen, Europa nicht zur Ruhe kommen zu lassen.

Das arg wankende Kabinet Waddington in Frankreich sucht einen Ausweg aus seinen Bedrängnissen, indem es die klerikale Frage ausspielt. Der Unterrichtsminister Ferry hat ein Gesetz den Kammern unterbreitet, wodurch die Jesuiten und alle mit denselben verwandten Orden (also auch die Nonnen au sacré coeur) für unfähig erklärt werden, in Frankreich Unterricht zu ertheilen und Unterrichtsanstalten zu besitzen oder zu leiten. Um die Bedeutung und die Tragweite dieser Bestimmung zu erfassen, muß man bedenken, daß in Frankreich ein sehr großer, um nicht zu sagen der größte Theil der Kinder aus den höheren Gesellschaftskreisen in den Anstalten der Jesuiten und der mit denselben verwandten Orden erzogen wird. Die Ankündigung dieser „unerhörten That" der Regierung hat denn auch in den betreffenden Kreisen eine gewaltige Aufregung hervorgerufen, und dies um so mehr, als kein Zweifel darüber bestehen kann, daß in dieser Frage die Regierung der Zustimmung der Majorität des Senates wie der Kammer sicher ist. In gleicher Richtung bewegt sich ein zweites Gesetz Ferry's. Es betrifft den „höheren Unterrichtsrath", der künftig aus 50 dem Unterrichtswesen angehörenden Personen bestehen soll. Das kirchliche Element, 4 Erzbischöfe und je ein reformirtes, lutherisches und israelitisches Mitglied, scheidet ganz aus dem Unterrichtswesen aus und die von den Jesuiten gegründeten Universitäten verlieren das Recht der Staatsprüfungen. Man kann sich die Wuth der Klerikalen denken.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

Berlin, 19. März. Der Reichstag setzte die Berathung des Etats bei den Zöllen und Verbrauchssteuern fort. Gegenüber dem Abg. Richter-Hagen, welcher auf die den Rübenzuckerfabrikanten gewährte unverhältnißmäßig hohe Ausfuhr-Bonifikation hinwies und eine Abänderung des deshalbigen Gesetzes verlangte, legte der Bundeskommissar dar, daß diese Ausführungen Richters nicht zutreffen. Er fügte jedoch hinzu: den Regierungen sei die Mangelhaftigkeit des Verfahrens für die Berechnung der Export-Prämien wohl bekannt, sie hätten auch ein verbessertes Verfahren angestrebt. Der große deutsche Rübenverein habe sich aber für die Beibehaltung des bisherigen Verfahrens ausgesprochen. Ein abschließendes Urtheil sei daher noch nicht möglich. Auf die Anfrage Richters: ob eine Ermäßigung oder Abschaffung der Salzsteuer beabsichtigt sei, erwidert der Minister Hofmann: die früher stattgehabte bezügliche Enquete sei zu der Ansicht gelangt, es sei nicht zweckmäßig, die Salzsteuer durch eine andere Steuer zu ersetzen. Wenn die gegenwärtig projektirten Steuervorlagen Erfolg hätten, könnte die Salzsteuerfrage aufs Neue erwogen werden. Der Reichstag genehmigte nach längerer Berathung die Etats der Zölle und der Verbrauchssteuern. Dabei erklärte der Geh. Rath Dr. Michaelis: die Verhandlungen mit den Handelsstädten wegen Erhöhung der Zollsätze seien noch in der Schwebe. Die Regierungen hoffen dieselben zu einem günstigen Resultate führen zu können. Abg. Delbrück sprach sich gegen den Schutz der nationalen Flagge als nachtheilig für das Rhedereigewerbe aus. Andere Nationen hatten dieses System als fehlerhaft verlassen. Die Belastung des Seehandels anderer Nationen werde nothwendig zu Retorsionen führen. Minister Hofmann erklärte: Das Prinzip der Gegenseitigkeit bei der Rhederei sei zum Nachtheile Deutschlands in mancher Beziehung verletzt worden. Man könne ohne die von Delbrück befürchteten Nachtheile Abhilfe schaffen. Abg. Meier-Bremen sprach sich sehr entschieden gegen jede Begünstigung der deutschen Flagge aus. Die Rhederei wolle und brauche keinen Staatsschutz, nur freie Luft und Bewegung. Die französische Rhederei liege trotz der Staatssubvention darnieder. Der Reichstag genehmigte schließlich nach unerheblicher Debatte die an die Budgetkommission verwiesenen Theile des Marineetats, ferner den Etat des Spielkartenstempels und der Eisenbahnverwaltung, der vormaligen Decker'schen Oberhofbuchdruckerei, des Vertrags von Elsaß-Lothringen und des Münzwesens. Nächste Sitzung morgen.

Frankfurt a. M., 19. März. Ein gestern Abend unter dem Dache des Koulissenhauses des Stadttheaters ausgebrochenes Feuer wurde sofort wieder gelöscht, der Schaden ist ein unerheblicher, es sind nur einige Balken verkohlt und mehrere Koulissenstücke verbrannt.

Paris, 19. März. Das „Journal officiel" veröffentlicht ein Dekret, durch welches das Verbot der Einfuhr von Rindvieh und Schafvieh aus Deutschland und Luxemburg wieder aufgehoben wird.

Kopenhagen, 19. März. „Dagens Nyheder" zufolge hätte die deutsche Regierung auf eine bezügliche Anfrage der Dänischen geantwortet, sie betrachte die nordschleswigsche Frage durch den Traktat vom 11. October v. J. als definitiv erledigt.

Locales und Sächsisches.

— Anläßlich des Geburtsfestes J. K. H. der Prinzessin Mathilde und des Namensfestes K. K. H. der Prinzessin Maria Josepha fand gestern bei JJ. MM. HH. dem Prinzen und der Prinzessin Georg Familientafel statt, an welcher JJ. MM. der König und die Königin theilnahmen.

— In Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste ist durch Se. Majestät dem Kammerdiener des Rittergutsbesitzers, Klostervogts v. Posern, Herrn Gottfried Garten, das allgemeine Ehrenzeichen verliehen worden.

— Für die Verunglückten von Szegedin hat Se. k. H. Prinz Georg der hiesigen österreichischen Gesandtschaft 500 M. überreicht. Bei Herrn Grafen Marschall, sowie beim Bankhause G. Meusel sind für denselben Zweck bisher circa 1200 Mk. eingegangen.

— J. M. die Königin beehrte gestern abermals, wie im vorigen Jahre in Gegenwart der Herren Schulrath Bertelt, Oberbürgermeister Stübel und Stadtrath Heubner das Examen der 1. Mädchenklasse der 2. Bürgerschule (kleine Clauenschegasse) mit ihrer Gegenwart. Mit sichtbarem Interesse folgte die hohe Frau den Prüfungen der Mädchen in Physik, im Deutschen und im Französischen und gab ihre Befriedigung über das Gehörte, wie über die ausgestellten Arbeiten der Schüler und Schülerinnen huldvollst zu erkennen. Dem Vernehmen nach ist auch den übrigen hiesigen Bürgerschulen gleiche ehrende Besuchs-Auszeichnung zugedacht.

— JJ. KK. HH. Prinz und Prinzessin Georg nebst Prinzessin Mathilde, sowie JJ. KK. HH. Prinz und Prinzessin von Hohenzollern besuchten gestern Nachmittag Pöllnitz's Wintergarten, der jetzt im schönsten Flor prangt.

— Von hier aus begiebt sich unter Führung des Majors von Mangold ein Infanterie-Kommando, aus Offizieren und Mannschaften der hier garnisonirenden beiden Grenadierregimenter und des Schützenregimentes zusammengesetzt, wegen der in Böhmen ausgebrochenen und leider in Aussig und Umgegend zunehmenden Rinderpest an die Grenze. Am 18. d. M. wurden in der Brennerei zu Schönpriesen 200 Rinder gekeult. Die verseuchten Orte werden durch Militärkordons abgesperrt.

Der Plan für die diesjährigen Herbstmanöver des kgl. sächs. Armeekorps liegt bereits vor. Dieselben finden nur im Divisionsverbande statt. Die Uebungen der 1. Infanteriedivision Nr. 23 werden in der Lausitz, die der 2. Infanteriedivision Nr. 24 im Voigtlande, die der Kavalleriedivision endlich nebst den der beiden reitenden Batterien in der Leipziger Gegend, und zwar ebenfalls im September, abgehalten.

Die verordnungsmäßige Vernichtung des Verpackungsmaterials von aus Rußland und Böhmen hier eingehenden Sendungen gewinnt bereits wieder an Ausdehnung. Aus Rußland ist es namentlich die Einfuhr von Fleisch und Geflügel und aus Böhmen diejenige von Eiern, welche der Vertilgung, meist durch Feuer, preisgegeben wird.

— Ueber den in unserem Dienstagsblatte gemeldeten angeblichen Einsturz eines Theiles des Mösch witztunnels an der Bahn Volksgeläth-Weischlitz freut es uns heute einen wesentlich anderen Sachverhalt berichten zu können. Der genannte Tunnel ist seiner Zeit von der Sächsisch-Thüringischen Eisenbahn-Gesellschaft so leichtfertig hergestellt worden, daß nach dem Uebergang der Bahn an den Staat die Staatseisenbahnverwaltung genöthigt ist, einen Theil der zu schwach und mit schlechtem Materiale hergestellten Widerlager und des Gewölbes nach und nach zu erneuern. Zu diesem Zwecke sind die betreffenden Tunnelstrecken unter Freilassung des für das Passiren der Züge erforderlichen Raumes ausgerüstet worden, um das Gewölbe in einzelnen Ringen beseitigen und erneuern zu können. Mit welchen Schwierigkeiten eine solche Arbeit bei Aufrechterhaltung des Bahnbetriebes verbunden ist, wird selbst dem Laien leicht verständlich sein. Am vergangenen Sonntag sind nun in Folge der Ablösung von Felsmassen in dem von der früheren Bauverwaltung hohlgelassenen Raume über dem Tunnelgewölbe plötzlich einige Versteifungen einer unerwarteten Belastung ausgesetzt worden, welchen einige darunterliegende Sattelhölzer nicht zu widerstehen vermochten und daher nachgaben. In Folge dessen mußte sich die sofortige direkte Ablösung dieser Sattel nothwendig, was ohne Benutzung des Raumes, auf welchem das Gleis liegt, nicht ausführbar war und deshalb kann der Tunnel bis zur Fertigstellung des schon bei dem beschriebenen Vorfalle in Arbeit begriffenen Gewölbringes auf eine Zeit von etwa 10 Tagen von Zügen nicht befahren werden, während die vor dem Tunnel aussteigenden Passagiere ungefährdet durch den beleuchteten Tunnel wandern, um am anderen Tunnelende in den bereitstehenden Zug zu steigen.

— Herr Reichstagsabgeordneter Bahlteich beklagt in einem uns zugegangenen Schreiben die Störung der am Sonntag im „Tivoli" stattgefundenen Versammlung des Fortschrittsvereins, sucht aber die Schuld von seinen Parteigenossen abzuwälzen und dem einberufenden Vereine zuzuschieben, da dieser zunächst eine Volksversammlung einberufen habe. Nun, die in den Blättern erfolgten Bekanntmachungen sprechen nur von einem öffentlichen Vortrage. Wem wird es aber einfallen, bei einem öffentlichen Vortrage des gemeinnützigen Vereins oder des Vereins für innere Mission eine allgemeine Diskussion zu verlangen?

— Bei dem gestern auf dem hiesigen Centralschlachthof- und Viehmarkt-Etablissement abgehaltenen Roßmarkt waren 403 Pferde zum Verkauf aufgestellt. Hauptsächlich waren folgende Racen vertreten: Hannoveraner, Ostpreußen, Polen, Dänen und Landschlag. Für Luxuspferde, wovon ca. 60 Stück vorhanden waren, wurden 1000–1700 M., für gute Arbeitspferde (ca. 100 Stück) 800–1100 M., für mittlere Arbeitspferde (ca. 190 Stück) 300–800 M. und für geringere dergl. (ca. 50 Stück) 100–300 Mark pro Stück gefordert. Schlachtpferde, deren nur wenige am Platze standen, wurden mit 60–75 M. pro Stück bezahlt. Außer den Pferden befanden sich noch 277 Ferkel und 24 Läufer zum Verkauf am Platze. Für Ferkel wurden pro Paar 11–33 M. gezahlt. Am gesuchtesten war hiervon die Mittelwaare, die mit 18–25 M. pro Paar bezahlt wurde. Von Läufern kostete das Stück 30–50 M. Der Markt war sehr gut besucht. Das Verkaufsgeschäft verlief bei der besten Sorte Pferde gut und bei der mittleren zufriedenstellend; die gewöhnlichere Sorte hingegen fand wenig Umsatz. Der vorhandene Bestand an Ferkeln wurde so ziemlich abgesetzt, wohingegen nach Läufern sehr wenig Nachfrage war und die Verkäufer ihre anher gebrachte Waare zum größten Theil wieder mit heimnehmen mußten.

— Die Vorträge des Gemeinnützigen Vereins sind für diesen Winter geschlossen, da der letzte für heute in Aussicht genommene Vortrag wegen geschäftlicher Behinderung des Vortragenden ausfallen muß.

— In einer kleinen engen Straße der inneren Altstadt wohnt eine einzeln stehende alte Wittwe, welche zwar Almosenempfängerin ist, aber sich doch mehrere Tausend Mark Geld und einige Truhen voll Betten, Kleidungsstücke und andere Wirthschaftsgegenstände zusammen zu sparen gewußt hatte. Diese alte Frau wurde krank und kam zum Liegen. An-